

Bündnis für die Zukunft

ökologisch – direktdemokratisch – gewaltfrei – sozial

Bündnis für die Zukunft D-30451 Hannover Leinaustr.3

Deutscher Bundestag
- Postverteiler -
An alle Mitgl. des Dt. Bundestages
Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

Bundesgeschäftsstelle

Thomas Bauer

D-30451 Hannover
Leinaustr. 3

thomasbauer@buendnis-zukunft.de
www.buendnis-zukunft.de

- Offener Brief -

Hannover, 1. Juli 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

Staats - Bankrott oder Geldreform? Sie bestimmen das mit. Garantieren Sie Einkommen und Produktionsstätten und stoppen Sie die Spekulationsgeldwäsche mit Steuern!

Das Bankenrettungspaket ist Insolvenzverschleppung

Der 500 Milliarden Blankoscheck für die „Finanzmarkt-Stabilisierungs-Anstalt“ (FMSA) und die Geheimhaltung ihrer Arbeitsweise zeigt, dass der Schutz von Großspekulanten und ihrer weltumspannenden Netzwerke absoluten Vorrang vor der Sicherung der Wirtschaftskreisläufe und Arbeitsplätze hat.

Dabei ist die Funktionsfähigkeit jeder arbeitsteiligen Gesellschaft gerade vom Erhalt dieser Produktionsstätten und Beschäftigten abhängig. Und es ist **systemtypisch** wenn ganz aktuell bei 1% Leitzins 442,2 Milliarden Euro zur Kreditversorgung in Umlauf gebracht werden, diese aber von Banken nur mit einem Zinsaufschlag von 6 % und mehr an Kreditnehmer weiter gegeben werden und somit eine krisengerechte Kreditversorgung boykottieren. Alle etablierten Parteien und Finanzexperten sind aber so systemfixiert, dass die Frage nach dem Sinn der Rettung von Spekulationsbanken und ihren Nutznießern gar nicht erst gestellt wird. Dabei kann erst eine wahrheitsgemäße „Wertberichtigung“ oder ein Bankrott jene Verflechtungen des organisierten Betrugs sichtbar machen, der in Zukunft unbedingt vermieden werden muss, um eine Wiederholung solcher Krisen zu vermeiden. Auch das durch Betrug erzeugte Spekulationsgeld darf nicht durch „Bad-Banken“ gewaschen und legalisiert oder durch Zinsen weiter vermehrt werden !

Der Zusammenbruch dieses Betrugssystems

sollte vielmehr dazu genutzt werden Grundsatzfragen zu klären. Wie z.B. bei 5 % Produktionsrückgang oder auch nur bei Nullwachstum noch 5 % Geldwachstum zusätzlich erwirtschaftet werden können, ohne zum Staatsbankrott zu führen ! Denn ungeachtet von Finanzkrise und Wirtschaftabschwung geht die weltweite Selbstvermehrung des Geldes auch in Deutschland unentwegt weiter. Aber das Zinses-Zins-System, als Hauptursache der Finanzkrise soll offenbar durch Verschweigen in den Massenmedien ein gesellschaftliches Tabuthema bleiben. Trotz sinkender Wirtschaftsleistung werden weiterhin **Kapital-Renditen von 5 % und mehr abkassiert** und Bonuszahlungen im dreistelligen Millionenbereich nun aus dem „Bankenrettungspaketen“ (Steuergeldern) finanziert.

Problemlösungskompetenz vortäuschend werden 32 ! Milliarden € „Konjunkturlilfe“ (in 2 Jahren) beschlossen (davon 500 Mio. f. Waffenkäufe). Statt zunächst die leistungslose **Selbstvermehrung der Geldvermögen durch eine Sonderabgabe in Höhe der bisherigen Zinserträge zu stoppen**. Denn Verursacher und Profiteure dieser Wirtschaftskrise müssen vor allen anderen an der Beseitigung der Folgen beteiligt werden

Wie unsinnig Konjunkturliften bei weiterer Geldvermehrung sind zeigt ein simples Rechenbeispiel:

- Wenn nur alle deutschen Geldvermögen von (lt. Bundesbankbericht, April 2008) 7,4 Billionen Euro sich durch „Festgeld-Zins“ um 5% vermehren sollen, müssen dafür *jährlich* entweder Realwerte von 370 Mrd. Euro (so viel wie 23 Konjunkturpakete!) zusätzlich erarbeitet werden oder dieses Spekulationsgeld muss über immer noch größere Zinsanteile in den Preisen und Inflation „einkassiert“ werden.

Das auf diese Weise ständig Spekulationsgeld in Billionenhöhe entstehen muss, dem immer weniger Realwerte gegenüberstehen, ist unvermeidbar. Auch dass immer neue kriminelle Möglichkeiten zur Kapitalvernichtung (durch Betrug oder Krieg) gesucht werden, um das massive Missverhältnis von Sachwerten und Geld nicht noch weiter anwachsen zu lassen, ist ebenso systemtypisch, wie das Abwälzen des Schadens auf die Solidargemeinschaft.

Bankzinserträge von 419 Milliarden Euro im Jahr 2007 (lt. Bu.Bank Sept. 2008)

zeigen, dass diese kaum beachtete private „Geldzinssteuer“ weit über alle vom Staat erhobenen Steuern und Abgaben hinausgeht und eine tägliche Enteignung von über 1 Milliarde € von den Verbrauchern hin zu den Kapitalbesitzern ist. Und auch diese

„Geldzinsenerträge“ sollen natürlich wieder verliehen werden und Zinseszins einbringen. Das ist ein System, das mit mathematischer Gesetzmäßigkeit kollabieren muss und trotzdem nicht beseitigt wird!

Der Staatsschuldenzuwachs von derzeit 4 439 Euro pro Sekunde = 383,5 Millionen € täglich zeigt, Geld, das ursprünglich zur Erleichterung von Waren- und Dienstleistungsverkehr oder als Wertaufbewahrungsmittel gedacht war, ist durch den Zinseszins-Effekt zum profitabelsten „Abkassierungsmodell“ an allen Wirtschaftsvorgängen geworden und kann durch einen „Kreditboykott“ alle Versorgungsstrukturen lähmen und jede Volkswirtschaft ruinieren. (Quelle: BdSt-Schuldenuhr am 1. Juli 2009)

Die Geldversorgung und Kreditvergabe darf darum, nach allen Erfahrungen der Vergangenheit, auf keinen Fall länger macht- und profitsüchtigen Privatpersonen überlassen bleiben, sondern muss in Zukunft einer gemeinwohlverpflichteten, gewählten und öffentlich kontrollierten Währungsbehörde (Currency Board) übertragen werden.

Die Grundidee des Kapitalismus, sich durch den Verleih von Geld an allen Wirtschaftsvorgängen unauffällig zu bereichern, und sich das als „Arbeitsleistung“ „honorieren“ zu lassen, hat zu einer Dominanz des Geldes über alle Lebensbereiche geführt. Geldzurückhaltung oder großzügige „Kreditvergabe“, haben unabhängig von den jeweiligen Regierungen, entscheidenden Einfluss auf so genannte „Wirtschaftswunder“ oder „Wirtschaftskrisen“. Eine Gesellschaft, die dieses krisenträchtige Geldsystem überwinden will, muss das Geld auf reine Tausch- und Sparfunktionen beschränken und jeden Umverteilungsprozess verhindern!

Berechnungen zufolge sind 85 % der Wirtschaftsteilnehmer Verlierer des derzeitigen Geldsystems

Nur etwa 10 % des gehobenen Mittelstandes haben auf Grund eigener Zinsenerträge weder Gewinn noch Verluste. Aber bei 5 % akkumulieren sich die Vermögen aus Zins und Spekulation in skandalöser Weise. Und während die deutsche „Dividendenkönigin“ Susanne Klatten-Quandt 2007 (lt. „Zeit“ v. 3. 5. 2007) mit 2 Milliarden und 366 Millionen Euro „Kapitalerträgen“ beglückt wird (statistischer Jahresverdienst von 89 300 Industriearbeitern), verringerte sich der Anteil der Mittelschicht in der Bevölkerung (lt. Armutsbericht 2007) von 62 % auf 54 %.

Und diese inzwischen legalisierte Form von Enteignung und Ausbeutung durch den Zins wird mit Hilfe der Massenmedien als geradezu „naturgesetzlich“ immer wieder als alternativloses Wirtschaftsmodell angepriesen.

Das Zinseszins-System war und ist Raub!

Das jahrhundertlang auch von vielen Humanisten, Christen, Juden und Moslems geforderte Zinsverbot, muss allen Diffamierungsversuchen zum Trotz, endlich weltweit diskutiert werden, denn ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden.

Noch zur Zeit der europäischen Städtegründungen mit seinen Kulturdenkmälern wurden Zinsen als Raub angesehen, wie folgende Aussagen zeigen:

- „Was ist es für ein Unterschied ob einer durch Einbruch, Mord oder Wegelagerung in den Besitz fremden Gutes kommt, oder ob er durch den Zwang, der in den Zinsen liegt, das in Besitz nimmt, was ihm nicht gehört. Zins, erbärmlicher Wortgebrauch für etwas was nichts anderes ist als Raub.“ (Papst Gregor v. Nyssa 394)
- „Wer Zins nimmt wird mit dem Königsbann belegt“ (Kaiser Lothar (825 n. Chr.)
- „Jede Gesetzgebung, die den Zins erlaubt ist null und nichtig.“ (Papst Alexander III 1179, Papst Klemens V 1311)
- „Wir zweifeln nicht daran, dass eine Zeit kommen wird, in der sich eine christliche Bewegung gegen den Zins erhebt.“ (Friedrich Naumann, 1860-1919)

Mit dem von Fuggern, Rothschilds & Nachfolgern erdachten „Geldsystem auf Schuldzinsbasis“ entstand ein effektiveres Ausbeutungssystem, als die Leibeigenschaft, das inzwischen perfektioniert, zur weltweiten Existenzbedrohung für Millionen Menschen geworden ist. Und Martin Luther forderte schon 1524 „Fuggern und ihresgleichen einen Zaum anzulegen“.

500 Milliardäre haben sich seitdem soviel Vermögen angeeignet wie 50 % der ärmeren Weltbevölkerung derzeit besitzen und versuchen jetzt durch globale Monopolisierung und gigantische Staatsverschuldung dauerhaft leistungslose Kapitalrenditen zu erzwingen, um so weitere Regionen der Welt zu kontrollieren und auszubeuten.

Seit Jahren findet auch in Deutschland eine massive Vermögensumverteilung und Enteignung statt.

Allein mit dem so genannten „Banken-Rettungspaket“ verschuldet „unsere“ Regierung jeden Bundesbürger zusätzlich um weitere 6 000 € und die Zinszahlungen dafür verstärken diesen Effekt. Statt die zuvor durch Spekulation und Zinsen angehäuften Gewinne (nach Art. 14 GG), zur Wiedergutmachung heran zu ziehen.

Seit langem schon wird (unter tätiger Mithilfe von Verschuldungs-Politikern) massiv umverteilt. Schon 2007 mussten für die 1,5 Billionen Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden Zinsen in Höhe von 68,1 Milliarden € als „Tribut“ aus Steuermitteln entrichtet werden. Und für 2010 werden auf Grund der massiven Neuverschuldung 100 Milliarden Zinsausgaben erwartet. Zugleich aber konnten 4 % der deutschen Bevölkerung seit der „Währungsreform“ 1948 durch eine politische Günstlingspolitik soviel Privatvermögen anhäufen, wie alle Staatsschulden zusammen genommen.

Eine nachhaltige Geldfinanzordnung“ muss deshalb die Selbstvermehrung des Geldes durch den Zins beenden und mit einem „Umlaufzwang“ des Geldes für dauerhafte und krisenfreie Wirtschaftsstrukturen sorgen.

Geld darf nur Tauschmittel für Waren- und Dienstleistungen sein!

Das Zinseszins-System ist kein Naturgesetz sondern Teil eines raffinierten Ausbeutungssystems. Wenn 94 % des weltweiten Finanzkapitals, nach Aussagen von Wirtschaftsanalysten, keinen realen Gegenwert mehr hat, muss dieses „virtuelle“ Geld - das sich von der Realwirtschaft völlig losgelöst, geschwürartig weiter selbst vermehrt, früher oder später erneut zu Lasten der Solidargemeinschaft durch eine Währungsreform oder Krieg beseitigt werden.

- Auch mit einer „lückenlosen Kontrolle der Finanzmärkte“ ist die systembedingte Selbstvermehrung des Geldes nicht zu verhindern und alle Versprechungen von Geldwertstabilität sind Lügen!

Das Privileg privater Geldbesitzer auf alle Arbeitserträge und Dienstleistungen eine „Geldsteuer“ von 30 bis 70 % durch den in den in allen Produktpreisen enthaltenen Zinsanteil zu erheben, ist mit einer zukunftsfähigen und gerechten Gesellschaftsordnung unvereinbar. Wer eine krisenarme und zukunftsfähige Gesellschaft will, muss darum alle Reparaturversuche an dieser Finanz-Fehlkonstruktion stoppen und den politischen Bewahrern dieses Systems, schnellstens die gesetzgeberische Macht entziehen, damit ein weltweites Wirtschaftschaos verhindert werden kann.